

# ZUSAMMENHALT UND VERANTWORTUNG

Haushaltsrede 2019

Miteinander - das ist das Motto unserer Verkehrskampagne, die in den letzten Wochen auf Plakaten an den Laternen zu sehen ist. Es steht sinnbildlich für die Stadt als Ganze: wir tragen gemeinsam und miteinander Verantwortung für alle Menschen und für die gute Entwicklung der Stadt. Gemeinsam bedeutet auch, gemeinsam die Schwerpunkte festlegen, und es bedeutet transparent den Bürgerinnen und Bürgern die Finanzen der Stadt nahebringen.

Zusammenhalt und Verantwortung sind die Leitbegriffe, an denen sich die Politik des Magistrats orientieren wird. In einer auseinanderdriftenden Welt leben wir nicht auf einer Insel. Wir sind gefordert, den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt zu sichern und gemeinsam Verantwortung für uns, für künftige Generationen und für den ganzen Planeten hier vor Ort wahrzunehmen. Die Politik der Stadt muss sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig sein, und sie muss dabei weit über den Tellerrand einer kleinen engen Stadt zwischen zwei Bergen hinausdenken.

Beratung und der Beschluss des Haushaltes ist die vornehmste Aufgabe des Parlaments. Heute lege ich Ihnen meinen Entwurf für den Haushalt 2019 vor und bitte Sie, uns die Mittel zur Verfügung zu stellen, mit denen wir diese Politik umsetzen wollen. Der Haushalt ist erster Klasse ausgeglichen und kommt trotz erheblicher Investitionen fast ohne Nettoneuverschuldung aus, er ist solide finanziert.

Lassen Sie mich zuerst meinen ganz herzlichen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung und der städtischen Gesellschaften aussprechen, die an diesem Werk von über 1500 Seiten mitgewirkt haben. Mein ganz besonderer Dank gilt der Kämmerei und allen voran der neuen Kämmereileiterin, die kaum im neuen Amt angekommen unmittelbar in die Haushaltsaufstellung einsteigen musste. Ihnen allen ein ganz herzliches Dankeschön.

## **Bürgerbefragung**

Wenn gemeinsam ernst gemeint ist, wenn Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger an den Zukunftsvorhaben ernst gemeint ist, dann sind wir auch bei der Festlegung der Haushaltsschwerpunkte gut beraten, die Bürgerinnen und Bürger nach ihren Schwerpunkten zu fragen.

Genau das haben wir getan: mit der Bürgerbefragung 2017 / 2018 haben wir den Bürgerinnen und Bürger zwei Fragen gestellt:

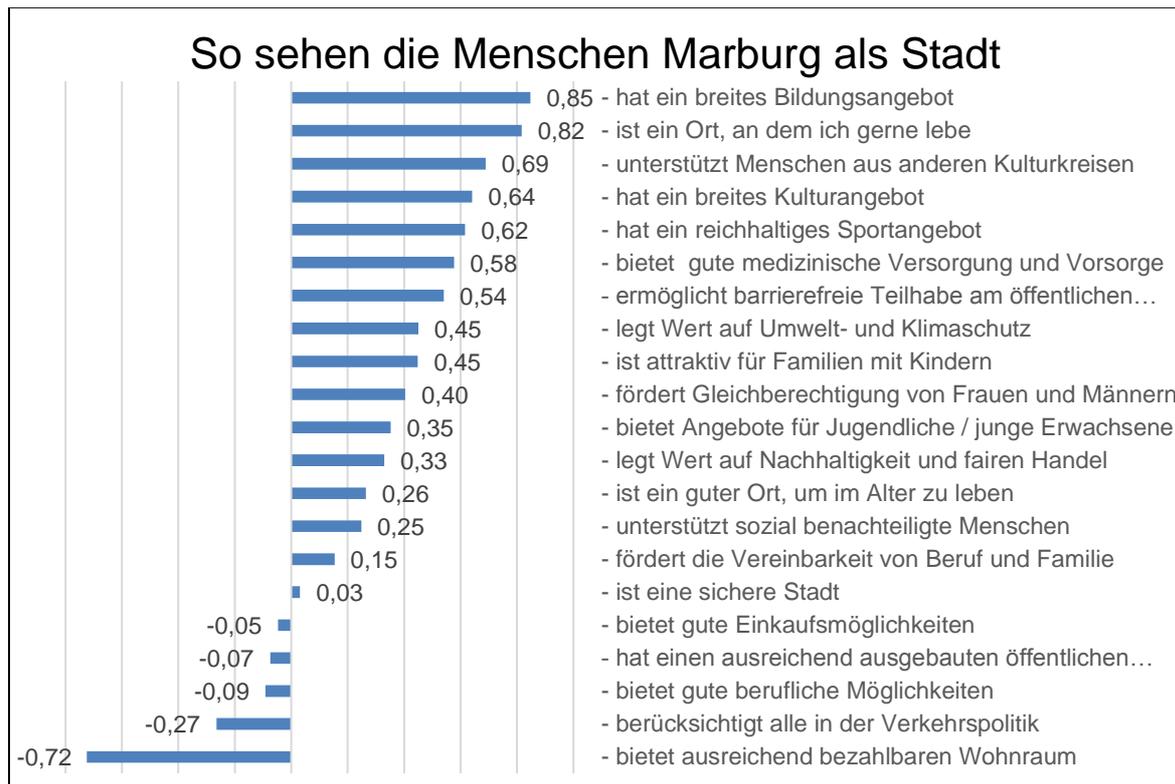
1. was gefällt ihnen an Marburg besonders gut und an welchen Stellen sehen sie Handlungsbedarf?
2. Welche Bereiche halten Sie für die Zukunft Marburgs für besonders wichtig und für welche Aufgaben sollen wir besonders Mittel zur Verfügung stellen?

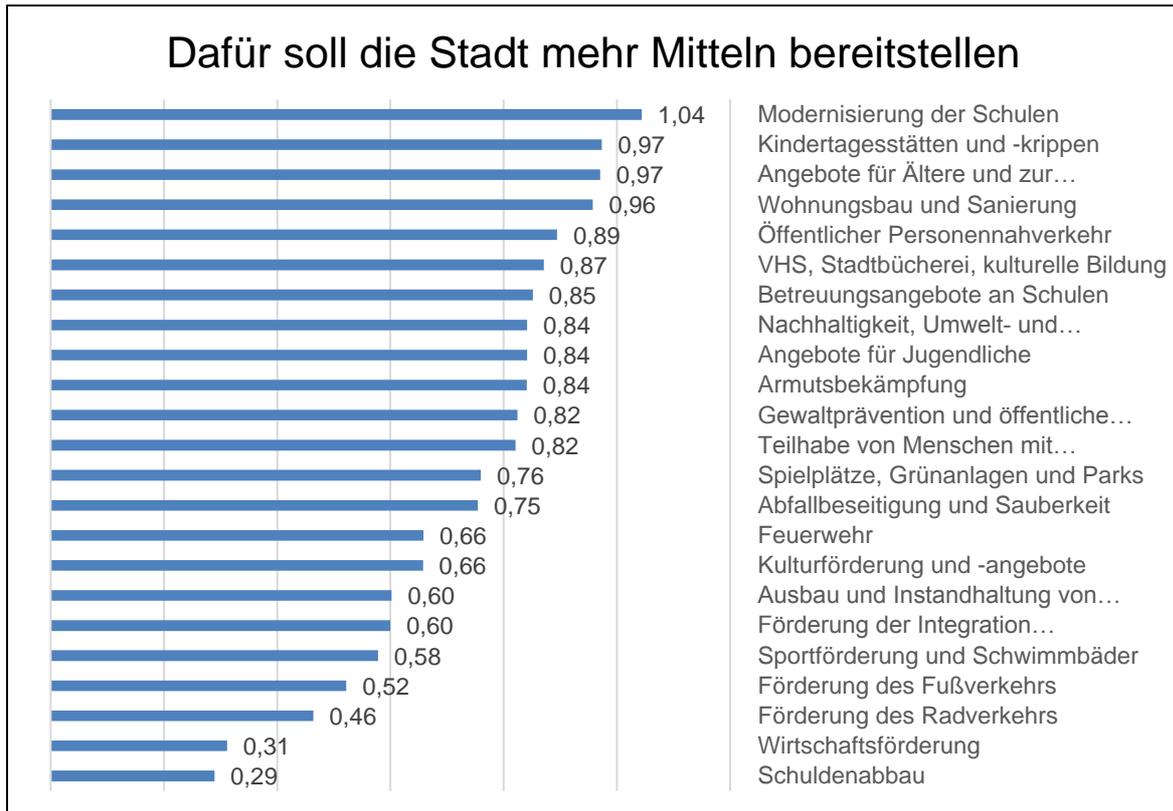
Besonders zufrieden waren die Bürgerinnen und Bürger mit den Bildungsangeboten, dem Kulturangebot, sozialen Errungenschaften und dem Sportangebot. Die

Schlusslichter waren der Ausbau des ÖPNV und Fairness im Verkehr und vor allem die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum. Mehr bezahlbarer Wohnraum ist die wichtigste Forderung an die Stadt.

Und was halten die Bürgerinnen und Bürger für besonders wichtig? Was sind die Marburg-Prioritäten? Bildung in Schulen und Kinderbetreuung steht an erster Stelle. Es folgen der Wohnungsbau und der Öffentliche Personennahverkehr. An dritter Stelle steht Teilhabe für alle, für Menschen mit Behinderungen, für Alte und Kinder, für Menschen, die Benachteiligungen erfahren.

Miteinander – Zusammenhalt in Verantwortung – ist das Marburg-Motto. So „tickt“ die Stadt. In Marburg ist uns ein faires, ein menschliches Miteinander besonders wichtig. Wir wollen alle Menschen im Blick haben, lassen niemanden hinten runterfallen. Und wir gehen verantwortlich und nachhaltig mit unseren Ressourcen um. Das ist unsere Idee von der guten Stadt: die Finanzen dienen dazu, die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger, das Bruttokommunalglück, nachhaltig und für alle Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen.





## Transparenter Haushaltsentwurf

Mitsprache ist natürlich mehr als eine Befragung. Sie setzt Transparenz, ein Wissen der Bürgerinnen und Bürger um die Finanzen der Stadt, voraus. Transparenz bedeutet natürlich zuerst, dass die Stadtverordneten wie immer auf jede Frage eine Antwort bekommen. Sie bedeutet aber vor allem, dass alle Bürgerinnen und Bürger aktiv informiert werden und Informationen, die sie suchen, einfach finden können – es ist auch das Geld der Bürgerinnen und Bürger, das eingesetzt werden soll.

Deshalb werden wir zum Jahresende auch die Bürgerinnen und Bürger erstmals haushaltsabdeckend über die wesentlichen Daten der städtischen Finanzen und unsere Vorschläge für das nächste Jahr informieren und darauf hinweisen, wo die Zahlen und Erläuterungen für alle zugänglich sind. Und natürlich sind alle eingeladen, dazu Anregungen zu geben und Anmerkungen zu machen.

Wie mit Ihnen besprochen und im Haupt- und Finanzausschuss vereinbart legen wir Ihnen den Haushalt in einer neuen Struktur vor. Er besteht aus drei Bänden: einem ersten Band, in dem der zu beschließende Haushalt zusammengefasst ist, einem zweiten Band, der die Erläuterungen enthält und einem dritten Band, der die Jahresabschlüsse der städtischen Beteiligungen zusammenfasst. Erstmals haben wir – dem Konzept des Produkthaushalts folgend – Teilergebnishaushalte und Teilfinanzhaushalte der einzelnen Produkte zusammengeführt, sowohl im Beschlussband als auch im Erläuterungsband. Damit haben Sie eine deutlich

verbesserte Übersicht über die Aufgaben, Erträge und Aufwendungen der einzelnen Produkte.

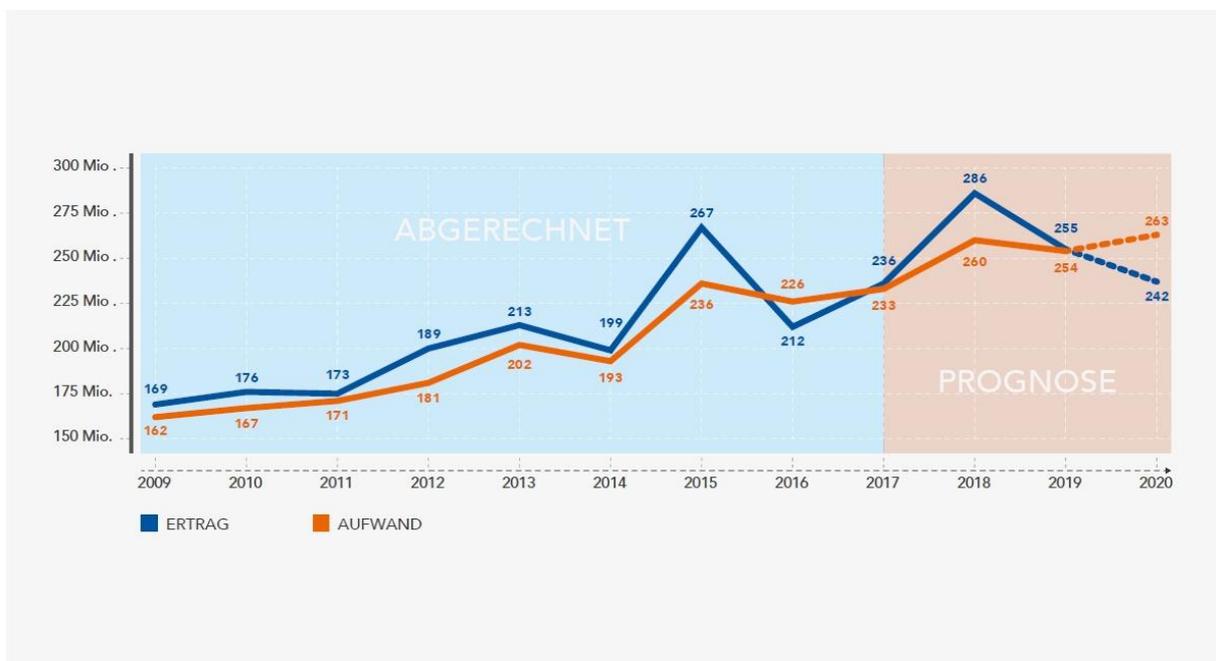
Aufgenommen wurden die von Ihnen gewünschten Erläuterungsdetails, und wenn etwas unklar geblieben sein sollte, dann liefern wir selbstverständlich gerne alle Informationen nach. Es ist dem Magistrat ein wichtiges Anliegen, die Haushaltsaufstellung so transparent und nachvollziehbar zu gestalten, wie es bei der Fülle der Daten und Zahlen nur möglich ist.

Ich möchte Ihnen im Folgenden kurz den aktuellen finanziellen Handlungsrahmen der Universitätsstadt Marburg für die nächsten Jahre darstellen und dann einige wesentliche Punkte aus dem heute vorgelegten Haushalt herausstellen.

### Finanzlage der Stadt

Nach zwei etwas turbulenten Jahren 2016 und 2017 mit einem zeitweisen Einnahmeeinbruch von über 50 Millionen Euro hat sich die Finanzlage der Stadt Marburg deutlich stabilisiert. Insgesamt entwickelt sie sich deutlich besser, als wir vor zweieinhalb Jahren noch zu hoffen gewagt haben.

### #HAUSHALT2019MR - WIE SICH ERTRÄGE UND AUFWAND ENTWICKELN 2009 bis 2020 in Millionen Euro



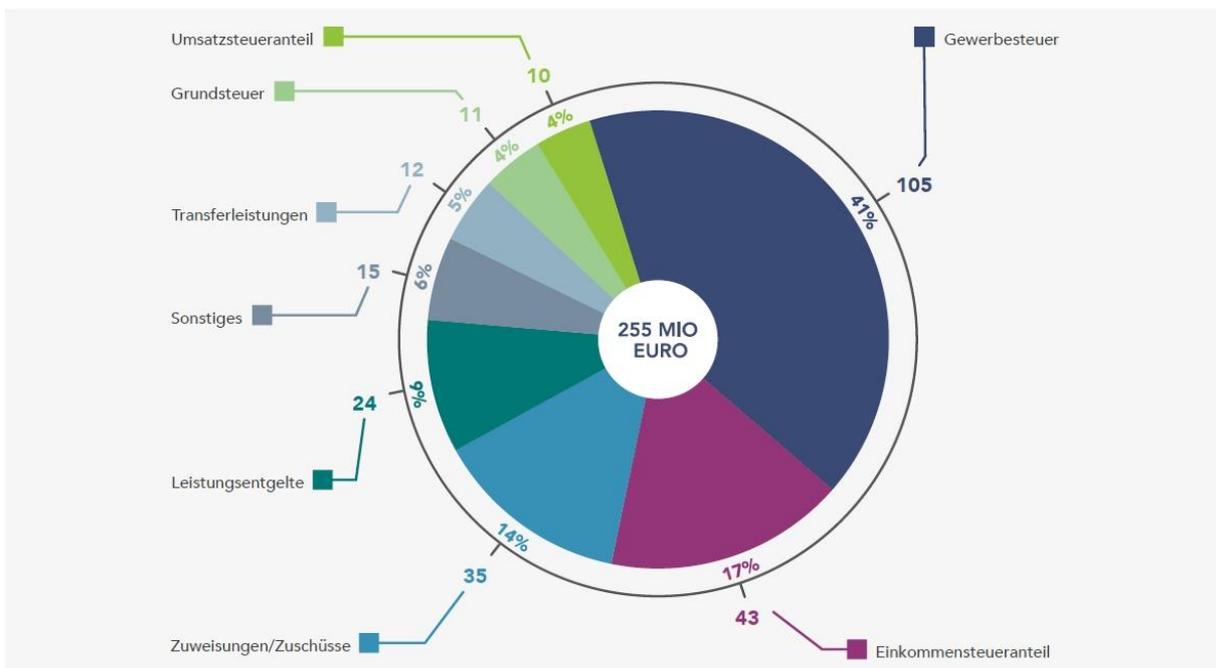
Die Rahmendaten: für 2019 rechnen wir mit Erträgen im Ergebnishaushalt von 255 Millionen Euro. Das liegt knapp unter den Planzahlen für 2018 und rund 20 Millionen über dem Jahr 2017. Dazu tragen – dank der guten Konjunktur – unsere Anteile aus Einkommens- und Mehrwertsteuer erheblich bei. Für die Gewerbesteuererinnahmen

gehen wir – auch dank einer Restnachzahlung – 2019 von 105 Millionen Euro aus. Da Marburg keine sanierungsbedürftigen Kassenkredite hatte, erwächst uns aus der sog. Hessenkasse zudem eine Zuweisung von rund 11 Millionen, die wir zur Hälfte bereits 2019 in Anspruch nehmen wollen.

Wir rechnen mit Schlüsselzuweisungen von 23 Millionen Euro, das sind fast 8 Mio. Euro weniger als im Sonderjahr 2018. 2018 erhielten wir höhere Schlüsselzuweisungen auf Grund des Gewerbesteuereinbruchs 2016. 2019 bewegen wir uns dann wieder auf einem für Marburg durchschnittlichen Niveau. Berücksichtigt ist auch die Zahlung von 3,1 Mio. Euro aus dem Landesausgleichsstock für die Benachteiligung der Sonderstatusstädte mit Schulträgerschaft durch die noch nicht angepasste Kreisumlage.

### #HAUSHALT2019MR - WO DAS GELD 2019 HERKOMMT

In Millionen Euro / Veränderung zum vorjahr in % (gerundet)



Den Erträgen von 255 Millionen stehen geplante Aufwendungen von rund 254 Millionen Euro gegenüber. Damit schaffen wir den Haushaltsausgleich erster Klasse und erwirtschaften sogar einen – bescheidenen – Überschuss von etwas über einer halben Million Euro. Die Aufwendungen steigen damit um rund 9 Millionen oder 3,9 Prozent.

### Personalaufwand

Die Personalaufwendungen sind mit knapp 59 Mio. Euro und Versorgungsaufwendungen von 8 Mio. Euro der größte Posten. Sie entsprechen über 26 Prozent aller Aufwendungen. Eingerechnet ist die tarifliche Entwicklung, aber auch

der notwendige Personalausbau, z. B. für den Ausbau der Kinderbetreuung in Kindertageseinrichtungen und Schulen.

Aber auch in der Kernverwaltung, in der Bauverwaltung, der Sozialverwaltung und allen anderen Bereichen wachsen die Aufgaben durch immer neue und immer mehr rechtliche Vorgaben und Anforderungen und nicht zuletzt durch die wachsende Bevölkerungszahl. An vielen Stellen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Belastungslimit, wie wir es schon letztes Jahr in der Ausländerbehörde gesehen haben.

Hier sind wir miteinander in der Verantwortung: ich als Personaldezernent und Sie als Stadtverordnete, die mit dem Haushalt auch den Stellenplan beschließen. Wir halten einen Stellenaufwuchs von rund vierzig Stellen im Stellenplan für erforderlich, wobei davon viele bereits überplanmäßig beschäftigt sind und nun auch im Stellenplan abgebildet werden sollen. Dennoch steigen die Personalausgaben mit 3,8 Prozent immer noch etwas geringer als die Gesamtausgaben.

### **Bundesteilhabegesetz**

Damit nicht genug. Noch nicht aufgeführt sind etwa acht bis zehn Stellen beziehungsweise 700 bis 800 TSD Euro per anno für die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes. Hier hat der Landtag eine für die Sonderstatusstädte völlig unzureichende Regelung getroffen:

Einerseits wird die Eingliederungshilfe für Kindern und Jugendlichen kommunalisiert, damit sie Teil der Jugendhilfe ist. Das ist die Idee des Ausführungsgesetzes, und das ist auch sachgerecht.

Träger der Jugendhilfe sind nach HGO aber Landkreise, kreisfreie Städte und Sonderstatusstädte. Deshalb werden unsere Aufwendungen für die Jugendhilfe von der Kreisumlage abgezogen – wir machen es ja selbst.

Andererseits sollen laut Landesausführungsgesetz nur Landkreise und Kreisfreie Städte Träger der Eingliederungshilfe sein. Im Ergebnis sind wir Träger der Jugendhilfe, außer wenn es um Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderung geht. Das ist unsinnig.

Das kann derzeit nur gelöst werden, wenn wir freiwillig vom Landkreis die Zuständigkeit für die Eingliederung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung übernehmen. Was wir aber freiwillig übernehmen, das bezahlen wir doppelt: einmal dem Kreis über die Kreisumlage und ein zweites Mal, indem wir die Umsetzung selbst organisieren und finanzieren.

Wir haben das im Gesetzgebungsverfahren deutlich gemacht und gefordert, dass wir als originärer Jugendhilfeträger auch originärer Träger der Eingliederungshilfe bei Kindern und Jugendlichen werden, leider ohne Erfolg. Ich habe deshalb den Landkreis

aufgefordert, diesen Mehraufwand freiwillig zu erstatten, damit wir keine doppelten Kosten haben. Wenn es hier zu keiner Einigung kommt, dann müssen wir, muss das Parlament, entscheiden, ob wir der Linie des Gesetzgebers folgen und die Eingliederungshilfe von der Jugendhilfe abkoppeln und dem Landkreis überlassen oder sie freiwillig machen und doppelt bezahlen. Schöner wäre es, hier zu einer vernünftigen Einigung zu kommen.

### **Kreisumlage**

Denn für die Kreisumlage werden wir insgesamt allein 33,5 Mio. Euro aufwenden müssen, das sind knapp 1,9 Mio. Euro bzw. 6 Prozent mehr als 2018. An dieser Stelle wird wieder einmal deutlich: die Komplexität der Finanzbeziehungen zwischen Sonderstatusstädten und Kragenkreisen ist inzwischen kaum mehr handhabbar. Deshalb sollte auf Landesebene dringend über eine Form kooperativer Kreisfreiheit auf Augenhöhe für die Sonderstatusstädte und nicht nur für Hanau nachgedacht werden.

Für die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen benötigen wir 2019 rund 58 Mio. Euro. Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen werden sich auf rund 38 Mio. Euro belaufen, für Transferaufwendungen werden wir 24 Mio. Euro aufwenden müssen.

### **Gewerbesteuernachzahlung**

2018 konnten wir eine einmalige Gewerbesteuernachzahlung von stolzen 31 Millionen Euro verbuchen. Das führt 2020 zu einem deutlichen Rückgang der Landeszuweisungen. Das kennen wir schon: 2015 erfolgte eine hohe Gewerbesteuernachzahlung, 2017 folgte der kompensatorische Rückgang der Schlüsselzuweisungen. Für 2020 erwarten wir daher eine Mindereinnahme von mindestens 25 Millionen. Die 31 Mio. Euro werden unsere Rücklage entsprechend erhöhen und können ihr 2020 für den Haushaltsausgleich wieder entnommen werden, sozusagen, das buchhalterische Sparbuch. Sie müssen aber bis 2020 als Liquidität vorgehalten werden, sonst kommen wir 2020 nicht mehr an die liquiden Mittel heran.

Denn während Privatpersonen und Unternehmen bezahlte Werte beleihen dürfen, dürfen wir das nicht. Kommunen dürfen Investitionskredite nur in Höhe der im gleichen Jahr getätigten



Foto: GSK Vaccines GmbH

Investitionen aufnehmen. Kassenkredite müssen am 31.12. getilgt sein. Überschüsse, die in Investitionen stecken, können nicht durch spätere Kreditaufnahme in Liquidität umgewandelt werden. Wir könnten also - theoretisch, das haben wir nicht vor – wir könnten, wenn wir Geld brauchen, das Erwin-Piscator-Haus verkaufen, aber beleihen dürfen wir als Kommune Rücklagenwerte nicht.

### **Gewerbesteuerumlage**

Aktiv werden müssen wir allerdings in der Frage der Gewerbesteuerumlage. Sie beträgt für uns 2019 13 Mio. Euro. 1995 wurde sie fast verdoppelt, um die Gemeinden an den Kosten der deutschen Wiedervereinigung zu beteiligen. Diese Erhöhung soll spätestens 2020 auslaufen. Die hessische Landesregierung will nun die erhöhte Gewerbesteuerumlage weiterhin von den Kommunen erheben. Für die Universitätsstadt Marburg macht das etwa 7 Millionen Euro pro Jahr ab 2020 aus.

Das ist ein erneuter, erheblicher Griff in die kommunalen Kassen, der so nicht akzeptiert werden kann. Ich appelliere deshalb insbesondere an die Vertreter der Stadt Marburg im Hessischen Landtag, das nicht zuzulassen. Wenn 2019 der Fond deutsche Einheit bezahlt ist, dann muss auch die Belastung der Kommunen dafür enden.

### **Investitionshaushalt**

Für den Investitionshaushalt bitte ich Sie um die Bereitstellung von Investitionsmitteln in Höhe von rund 32 Millionen Euro. Dies kann nach derzeitiger Planung mit einer Nettoneuverschuldung von rund zweieinhalb Millionen erreicht werden. Es besteht weiterhin erheblicher Investitionsbedarf. Das gilt für kleine Projekte – 11 Maßnahmen an Kindertageseinrichtungen für über 2,2 Mio. Euro, das Maßnahmenpaket von Städtebauförderung und Sozialer Stadt für 3,5 Mio. Euro oder im Radwege- und Straßenbau für über 4 Mio. Euro – und insbesondere große Projekte, die bereits im Bau sind, wie die über 6,7 Mio. Euro teure Weidenhäuser Brücke, oder unmittelbar anstehen, wie der Neubau der Feuerwehr Cappel. Deshalb wird eine Unterschreitung der 30 Millionen Euro-Marke in diesem Jahr nicht gelingen.

## #HAUSHALT2019MR - WO 2019 INVESTIERT WIRD

In Millionen Euro

INSGESAMT		DIE GRÖSSTEN EINZELPROJEKTE SIND	
	<b>32,3 Mio. Euro</b>		
Schulen mit BiBaP	7,5 Mio. Euro	Weidenhäuser Brücke	3,7 Mio. Euro
Kindergärten und Krippen	2,7 Mio. Euro	Elisabeth-, Martin-Luther- und Richtsberg-Gesamtschule	2,3 Mio. Euro
Straßen und Verkehrsanlagen	8 Mio. Euro	Adolf-Reichwein-Schule	1,5 Mio. Euro
Stadtplanung, Denkmalschutz, Dorferneuerung	3,8 Mio. Euro	Kitas Cappel, Wehrda, Stadtwald (+ 2,3 Mio Verpflichtung für 2020)	1,7 Mio. Euro
Feuerwehr	1,7 Mio. Euro	Nachbarschaftszentrum Waldtal (+ 1 Mio Verpflichtung für 2020)	0,5 Mio. Euro
Grünanlagen und Spielplätze	1 Mio. Euro		

Dennoch will ich darauf hinweisen, dass die Abschreibungen von 15,5 auf 16,5 Mio. Euro steigen, das sind 6,3 Prozent. Das geht, so lange es gelingt, steigende Aufwendungen für Abschreibungen aus steigenden Erträgen zu decken. Dennoch müssen wir uns des daraus drohenden strukturellen Defizits bewusst bleiben.

### Das Gemeinwesen weiterentwickeln - Zusammenhalt

Lassen Sie mich im folgenden einige Schwerpunkte verdeutlichen, mit denen wir Miteinander – Zusammenhalt in Verantwortung konkretisieren wollen, mit denen wir die Marburger Idee von der guten Stadt umsetzen wollen.

#### Bildung

Bildung ist die wichtigste Ressource unserer Zeit. Sie muss Chancengleichheit sichern und Teilhabe ermöglichen. Wir, die Erwachsenen, müssen dafür zu sorgen, dass unsere Kinder die bestmögliche Bildung erhalten, die wir ihnen geben können. Und zwar wirklich alle Kinder, unabhängig vom Einkommen der Eltern.

Für die Bürgerinnen und Bürger ist die Modernisierung unserer Schulen laut Bürgerbefragung die wichtigste Aufgabe. Modernisierung steht für die bauliche Ausstattung wie für innovative pädagogische Methoden.

Das Bildungsbauprogramm BiBaP steht für Transparenz, Beteiligung, Verlässlichkeit und erntet großes Lob und Zufriedenheit bei allen Betroffenen. Mit einem festen mehrjährigen Budget setzen wir die gemeinsam mit Eltern, Schülern, Lehrern, Schulleitungen und der Stadtverwaltung entwickelte



Prioritätenliste für die Modernisierung der Schulen um. Damit wollen wir im Jahr 2019 einschließlich der Verpflichtungsermächtigungen 13,3 Mio. Euro in unsere Schulen investieren.

2018 und 2019 stehen Maßnahmen an in der Astrid-Lindgren-Schule, Brüder-Grimm-Schule, Gerhart-Hauptmann-Schule, Geschwister-Scholl-Schule, Otto-Ubbelohde-Schule, Erich Kästner-Schule, Grundschule Marbach, Tausendfüßlerschule, Waldschule Wehrda, Emil-von-Behring-Schule, Sophie-von-Brabant-Schule, Richtsberg-Gesamtschule, Elisabethschule, Gymnasium Philippinum, Martin-Luther-Schule, Adolf-Reichwein-Schule, Käthe-Kollwitz-Schule, Kaufmännische Schulen, Mosaikschule, Schule am Schwanhof, Schulcampus Leopold-Lucas-Straße.

Ganz herzlichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Bauverwaltung und Schulamt, die es wunderbar schaffen, eine solche Fülle von Projekten im Zeitplan und im Budget umzusetzen, besser als mancher Private und besser als mancher Flughafenbau.

Aber auch die Mittel für den laufenden Betrieb der Schulen werden wir um 1,4 Mio. oder mehr als 10 Prozent erhöhen. Das ergibt sich zum Teil aus einer veränderten Handhabung von Kleininvestitionen, aber auch genauso aus einer Vielzahl von kleinen Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungsangebote in unserer Stadt.

Dazu gehören Digitalisierung und Medienpädagogik, mit Digitalklassen und hochleistungsfähigen Breitbandanschlüssen, wie sie seit 2018 an Schulen, Sporthallen und anderen Bildungseinrichtungen eingerichtet werden.

Dazu gehört der weitere Ganztagsausbau nach dem Marburger Weg mit einer engen Verzahnung von Betreuung und Ganztagsangeboten an den Schulen. Dazu gehört auch die Förderung eines gesunden Mittagessens an den Schulen, gemeinsam mit Caterern und Schulgemeinden.

## **Sport**

Sport macht Spaß und ist gesund. Bewegung dient der Krankheitsvermeidung und Rehabilitation. Er hebt die Stimmung und ist gut gegen Depressionen. Er schafft Kontaktorte mit anderen Menschen. Körperliche Aktivität steigert die Lebensqualität.

Sport schafft Gemeinschaft, er lehrt Fairness und Mannschaftsgeist, und nichts integriert über alle Alters- soziale, kulturelle Grenzen hinweg so gut wie Sport.

Die Sportförderung der Stadt Marburg und die Qualität unserer Anlagen bewegen sich insbesondere dank des Engagements von Altoberbürgermeister Egon Vaupel auf einem Niveau, das jedem Vergleich standhält. Auch ohne das Engagement unserer Sportvereine, in der Jugendarbeit oder gerade jetzt für die Integration von Geflüchteten, wäre die schönste Anlage nichts wert.



Foto: Georg Kronenberg

Deshalb kommen wir 2019 dem Wunsch vieler Vereinsvertreterinnen und Vertreter, insbesondere aus dem Jugendbereich, nach einer Rückkehr zu einer eigenen Sportlerehrung der Universitätsstadt Marburg nach.

## VHS

Auch der Zuschussbedarf der Volkshochschule für den laufenden Betrieb steigt um etwa 20 Prozent auf über 2 Mio. Euro. Dazu trägt bei, dass weiterhin ein hoher Bedarf an Deutsch für Ausländer besteht. Wenn Integration gelingen soll, dann ist ein so hervorragendes Angebot, wie es Marburg bietet, unverzichtbar. Ergänzt durch ehrenamtliches Engagement zahlreicher Flüchtlingshelfer sind wir hier auf einem guten, aber doch deutlich längeren Weg, als manche gedacht haben.

Bildung ist und bleibt einer der zentralen Aufgaben dieser Stadt, und sie muss sich an alle richten, auch und gerade an Bildungsangebote für Erwachsene. Bereits 2019 beginnen die Vorbereitungen für 100 Jahre vhs Marburg als unserem Beitrag zu mehr Chancengleichheit durch lebenslanges, lebensbegleitendes Lernen.

## Kinderbetreuung

Kinderbetreuung ist Familienförderung, ist Gleichstellung von Männern und Frauen, ist ein Mittel gegen Armut, insbesondere bei den besonders gefährdeten



Alleinerziehenden. Sie ist Bildungseinrichtung, stärkt die Chancengleichheit von Anfang an und ist Integrationsort. Kinderbetreuung ist eine der zentralen Aufgaben der Kommune. Für die Bürgerinnen und Bürger ist Kinderbetreuung nach der

Modernisierung der Bildungsangebote laut der Bürgerbefragung die zweitwichtigste Aufgabe, in die die Stadt investieren soll.

Im Jahr 2019 werden die Aufwendungen für die Kinderbetreuung deutlich, um rund 4 Millionen, auf über 35 Mio. Euro steigen. Das ist ein Plus von 12 Prozent. Dafür gibt es drei Gründe: Ausbau, Ausbau, Ausbau!

In den Jahren 2018 und 2019 werden wir jeweils rund hundert weitere Betreuungsplätze neu schaffen oder von Halbtagsplätzen in Ganztagsbetreuung umwandeln. Und weil unsere Kindertageseinrichtungen keine Aufbewahrungsanstalten, sondern Häuser der Bildung sind, deshalb wenden wir zusätzliche Mittel für die Entwicklung der Qualität, für Sprachförderung und für zusätzliche Betreuungsangebote auf.

Zudem wird jetzt auch die bauliche Sanierung bestehender Einrichtungen in Angriff genommen, auch und insbesondere unter dem Aspekt des Gesundheitsschutzes für unsere Erzieherinnen und Erzieher, die wirklich einen Knochenjob haben und ordentliche Arbeitsbedingungen mehr als verdient haben.

Und wir haben, weit über die Vorgabe des Landes hinaus, im Jahr 2018 für alle Kinder ab drei Jahren die Kinderbetreuungsgebühren in unseren Kindertagesstätten abgeschafft. Das war, ist und bleibt ein Meilenstein der Marburger Kommunalpolitik und an dieser Stelle gilt mein ausdrücklicher Dank der zuständigen Jugenddezernentin Kirsten Dinnebier, die sich hier frisch im Amt selbstbewusst und fachkundig durchgesetzt hat.

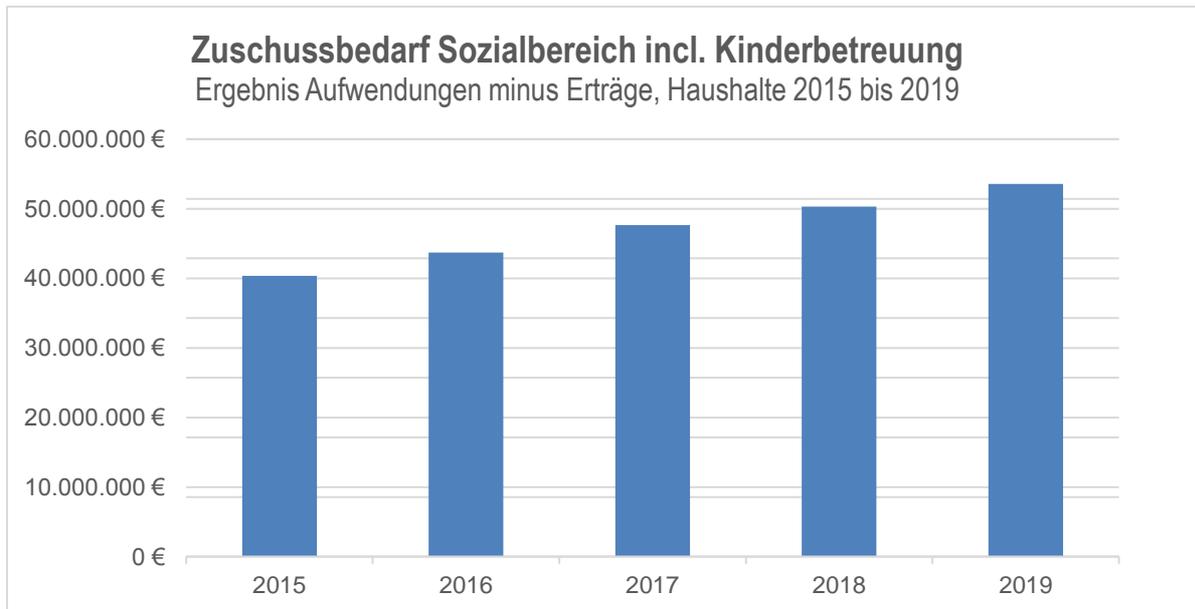
Unser Weg ist dabei fair, weil alle Eltern gleichermaßen drei Jahre davon profitieren. Andere Kommunen haben die Gebühren für alles über sechs Stunden angehoben, wir haben sie komplett abgeschafft.

## **Soziales**

Der Sozialstaat ist das „Ideal der sozialen Demokratie in den Formen des Rechtsstaates“ (BVerfG). Solidarität und soziale Gerechtigkeit sind unverzichtbare Orientierungsmaßstäbe für eine gute Gesellschaft. Eine gerechte Gesellschaft macht nicht nur die Menschen, die in ihr leben, zufriedener, sie stabilisiert auch unsere Demokratie und verhindert gesellschaftliche Spaltung.

Gute Sozialpolitik in diesem Sinne nutzt daher allen Bürgerinnen und Bürgern, auch wenn sie nicht explizit Zielgruppe einer bestimmten sozialpolitischen Maßnahme sind. Sozialpolitik kann gerade nicht auf die Unterstützung „bedürftiger“ Menschen verengt werden. Unser Anspruch ist es, dass alle Bürgerinnen und Bürger in jeder Lebenslage menschenwürdig und selbstbestimmt umfassend am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Das erfordert eine Vision, aber auch die Bereitschaft, auch eigene Defizite zu erkennen, Strukturen weiter zu entwickeln und neue Wege zu gehen. Daher sind wir im Gespräch mit den freien Trägern und mit ihren Verbänden. Wir wollen gemeinsam ein Konzept entwickeln, wie unsere sozialen Investitionen in enger Kooperation, mit mehr Transparenz, gemeinsam und kontinuierlich weiterentwickelt werden können um sich an wandelnde Bedarfe anzupassen. Auch das geht nur gemeinsam, im respektvollen Miteinander.



In den letzten fünf Jahren ist der städtische Zuschuss (Aufwendungen minus Erträge) für den Sozialbereich deutlich und kontinuierlich gestiegen, von rund 40 Millionen um 33 Prozent auf nunmehr über 54 Mio. Euro. Dabei war eine strukturelle Verbesserung erforderlich, die jetzt greift und den Ausgabenanstieg bei den Pflichtleistungen bremst. Die vorübergehenden, maßvollen Einschränkungen bei den freiwilligen Leistungen, die 2017 für alle Beteiligten schmerzlich waren, sind längst wieder ausgeglichen. Bereits 2018 wurden die Zuschüsse sogar spürbar erhöht. Und auch 2019 werden wir diese Investitionen in gutes Miteinander weiter ausbauen.

Es ist mein persönliches Ziel, aber auch das der den Magistrat tragenden Fraktionen, die soziale Infrastruktur der Stadt weiter zu stärken. Wir wissen sehr genau, dass soziale Investitionen die besten Renditen einfahren. Und wir wollen gemeinsam durch solide und vorsorgliche Haushaltspolitik eine Wiederholung von 2016/2017 vermeiden.

2019 soll der Aufwand für das Sozialbudget, ohne Kinderbetreuung und ohne Umsetzung Bundesteilhabegesetz, erstmals auf über 40 Mio. Euro steigen. Zugleich erarbeiten wir Verträge mit freien Trägern, die zukünftig die Finanzierung auch in schwierigen Jahren sicher und planbar machen und damit den freien Trägern eine Sicherheit geben, die in weiten Teilen der Landes- und Bundesförderung längst durch Projektitis abgeschafft wurde.

Auch in diesem Jahr steigern wir die Aufwendungen für den Sozialbereich, für Arbeitsförderung und Armutsbekämpfung, für Menschen mit Behinderungen, unsere älteren Mitbürgerinnen



und Mitbürger, Kinder und Jugendliche, die Gesundheit der Menschen dieser Stadt, für Integration und Gleichstellung um rund 4 Mio. Euro.

Prävention vor Eingriff und Prävention vor Wiederherstellung ist unser Prinzip. Dazu vertrauen wir auf die Träger der freien Wohlfahrtspflege und der Gemeinwesenarbeit. Ich bin sehr dankbar, dass wir bei der Wahrnehmung dieser freiwilligen Leistungen durch freie Träger eine so konstruktive Mitarbeiter aller Fraktionen der Kooperationsgemeinschaft erleben können.

So reagiert die Jugendförderung flexibel auf sich wandelnde Bedarfe und wird in der Ferienbetreuung die Tagesangebote nachfragegerecht ausbauen, auch in den kleinen Ferien. So bleibt der Stadtpass, mit dem wir Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle sichern, auf dem hohen Niveau von einer knappen Mio. Euro. So schreitet die Weiterentwicklung der Wohnungslosenhilfe voran, um nur einige Beispiele zu nennen.

Unsere Aufmerksamkeit verdienen im demographischen Wandel auch und gerade unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger. Hier gibt es noch viel zu tun, und das sehen die Bürgerinnen und Bürger genauso. Bei der Frage, wo die Stadt investieren soll, stehen Angebote für Ältere ganz oben, nach der Bildung und noch vor dem Wohnungsbau.

Die erfolgreiche Altenpolitik der letzten Jahre mit der Entwicklung eines inzwischen fast flächendeckenden Angebots an Nachbarschaftshilfen sowie die Entscheidung für einen Ergänzungsbau für die Marburger Altenhilfe können nur der Anfang sein. Deshalb wurde vor einem Jahr die Altenhilfe zu einem Fachdienst aufgewertet, auch damit wir mit der Umsetzung des Altenkonzeptes der Stadt Marburg vorankommen.

Wir müssen gemeinsam sicherstellen, dass auch von den älteren Menschen keiner vereinsamt, dem Gemeinwesen verloren geht. Das kann die Stadt nicht allein tun. Es gehört zu den besonderen Qualitäten dieser Stadt, dass hier die Zivilgesellschaft umgehend selbst aktiv wird, und das ist auch gut so. Und wo das nicht ausreicht, da darf man Menschen trotzdem nicht ihrem Schicksal überlassen. Hier ist die Kommune gefordert, selbst tätig zu werden. Dafür bitten wir um erhebliche zusätzliche Mittel, um inklusive einer Landesförderung, über zweihunderttausend Euro in gutes Leben für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger zu investieren.

Mit dem Neubau der Marburger Altenhilfe St. Jakob wollen wir zugleich ein Begegnungszentrum schaffen, das neue Maßstäbe für das Wohnen – so lange wie möglich – in den eigenen vier Wänden für den Richtsberg schafft. Der Weg zu ambulanten Angeboten, der Weg zur dezentraler Betreuung älterer Menschen geht

über lokale Angebote, die frühzeitig die Betroffenen aufsuchen, unterstützen und zeigen, mit welchen Hilfsangeboten man gut zuhause bleiben kann und wenn es nicht (mehr) geht, wir ein erstklassiges Angebot mit unserer Altenhilfe anbieten können.

## Kultur

Kultur ist schön, kostet aber auch Geld. Sie schafft Ort und Räume der Begegnung, sie dient der Reflektion der politischen und gesellschaftlichen Gegenwart, sei es auf globaler oder auf lokaler Ebene. Sie schafft Integrationsräume mit Angeboten der kulturellen Bildung. Damit trägt sie ihren Teil zur Chancengleichheit bei. Sie integriert in ihren vielfältigen Angeboten in dieser Stadt nicht über kulturelle, sondern auch über soziale und Altersgrenzen hinweg.

Sehr schön wurde das am Tag der Deutschen Einheit deutlich: morgens die Feierstunde – mit dem Jubiläum unserer Partnerschaft mit Eisenach – mit Unterstützung von Streichern und Sängern. Dann das große Fest der kulturellen Vielfalt, und zum Abschluss ein phantastisches Konzert der Jungen Philharmonie. Die hat uns auf meine Bitte hin mit Beethovens 9. Symphonie mit der Europahymne, der Ode an die Freude, einen wunderbaren Abschluss geboten. Gemeinsam haben an diesem Tag alle dokumentiert: Marburg versteht sich als ein gutes Zuhause für alle, die hier leben und zugleich mit in der Verantwortung für ein friedliches Zusammenleben der Völker im einigen Europa.

Als Kulturdezernent bin ich sehr dankbar, dass alle Partner in der Kooperationsgemeinschaft bereit sind, die umfangreichen freiwilligen Leistungen im



Kulturbereich mitzutragen. Auch, weil ich weiß, dass die Einschätzung, was in einer weniger guten Einnahmesituation zu hinterfragen wäre, auseinandergehen.

Die Marburgerinnen und Marburger sind sehr zufrieden mit unserem Kulturangebot. Dennoch gibt es hier einiges zu tun, wenn wir die Chancen, die die Kultur für das Gemeinwesen bietet, wirklich nutzen wollen. Ich schlage Ihnen deshalb vor, für das Jahr 2019 die Mittel für das Kulturbudget um 8 Prozent zu erhöhen. Damit wollen wir die bestehenden Angebote sichern und neue, innovative Projekte ermöglichen. Damit schaffen wir den Rahmen, in dem sich die wunderbare Marburger Kulturlandschaft weiter entwickeln kann.

Wir wollen Kultur tatsächlich für alle denken. Kultur für alle heißt, dass der Zugang für Benachteiligte gesichert sein muss. Teilhabe an der Kultur heißt aber nicht nur preiswerte Eintrittskarten, Teilhabe an der Kultur heißt auch und ganz besonders, Menschen darin zu unterstützen, für sich einen persönlichen Zugang zur Kultur zu

finden. Kultur für alle heißt auch, dass für alle Gruppen in unserer Stadt Angebote vorhanden und erreichbar sein sollen.

Das KFZ zum Beispiel hat, dafür bin sehr dankbar, eine Anregung aufgegriffen, zu prüfen, wie eine der älteren migrantischen Gruppen, die sich selbst wohl nie so verstanden hat, nämlich die Aus- und Übersiedler aus dem osteuropäischen Raum, besser erreicht kann. Gerade dies ist eine Gruppe, die im Kulturleben dieser Stadt nicht die Rolle spielt oder gespielt hat, die sie spielen müsste.

Gerade die Würdigung und Wertschätzung der Kultur, die man als die eigene empfindet, egal woher sie kommt, ist Voraussetzung dafür, sich dem Gemeinwesen tatsächlich zugehörig, sich freundlich und wohlwollend aufgenommen zu fühlen. Die eigene Kultur gibt Orientierung im Leben. „Wie kann ich meinen Vätern weniger als du den deinen glauben?“ sagt Nathan der Weise.

Deshalb: die eigene Kultur für alle Menschen, alle Kulturen, alle Herkünfte und alle soziale Schichten zu würdigen und zu respektieren und voranzubringen, das ist Kultur für alle und ein Beitrag zur Integration.

Deshalb sollten wir weiterhin die institutionelle Förderung der Einrichtungen und Träger sicherstellen. Und wir sollten auch gezielt Projekte fördern, die genau solche gesellschaftlichen Anforderungen an Kultur aufgreifen, die Träger zu Ideen und Projekten anregen. Mit dem Kulturforum haben wir eine gute und bewährte Struktur, um das miteinander zu beraten.

## **Sicherheit und Sicherheitsgefühl**

Marburg ist eine sichere Stadt. Aber Teilhabe ist nicht nur eine Frage sozialer und sicherer Bedingungen, sondern auch eine Frage von Sicherheitsempfinden. Wer sich nicht aus dem Haus traut, oder wer sich zu bestimmten Zeiten nicht aus dem Haus traut, der ist in seinen Teilhabemöglichkeiten deutlich eingeschränkt. Das gilt insbesondere, aber keineswegs nur für Frauen.

Aber das Sicherheitsempfinden der Marburgerinnen und Marburger kann verbessert werden, wie die Bürgerbefragung zeigt, Marburg wird nur von einer knappen Mehrheit eher als sichere Stadt wahrgenommen.

Deshalb wollen wir - inklusive Feuerwehr - rund zehn Mio. Euro im neuen Haushalt für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ausgeben.

Mit dem von Bürgermeister Stötzel auf den Weg gebrachten Konzept für eine Neustrukturierung des Ordnungsamts hin zu einer Stadtpolizei sind wir hier auf dem richtigen Weg. Denn Polizeipräsenz ist ein wesentlicher Faktor, um den Bürgerinnen und Bürgern das Bewusstsein von Sicherheit zu geben. Die Personalstellen haben Sie bereits freigegeben, sie sind im Besetzungsverfahren.

Zur Verbesserung des Sicherheitsempfindens trägt auch die Verbesserung der Beleuchtung im öffentlichen Raum bei, weil dunkle Ecken eben vielen Menschen unheimlich sind.

Mit dem Projekt zur Unterstützung bei der Graffiti-Entfernung, das Bürgermeister Stötzel in diesem Jahr aufgelegt hat, tragen wir dazu bei, dass für das Stadtbild wichtige Gebäude wiederhergestellt werden. Zugleich fördern wir Projekte, in denen die Kreativität der Graffitikünstler an geeigneten Orten – wie dem mit einem neuen Sicherheitskonzept gestalteten Jägertunnel – einen Beitrag zur Verschönerung und Gestaltung der Stadt leisten.

Zum Thema Sicherheit gehört aber nicht nur der öffentliche Raum. Sicherheit und der Schutz vor Gewalt muss überall und für alle gewährleistet werden. Deshalb wollen wir ein Programm gegen Partnergewalt auflegen. Gewalt in Beziehungen ist besonders perfide: ein Raum des Vertrauens, der Privatheit wird zum Ort der Bedrohung. Dann gibt es fast keine Rückzugsmöglichkeit mehr. Mit Unterstützung der EU wollen wir uns dieser Frage noch intensiver stellen und über 100.000 Euro in das Projekt Marburg gegen Partnergewalt investieren.

## Feuerwehr

Zur Sicherheit gehört aber auch die Frage der Gefahrenabwehr und des Brandschutzes. Unsere Feuerwehr leistet einen enormen Beitrag zur Sicherheit in dieser Stadt. Das Engagement der haupt- und ehrenamtlichen Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen sichert Leben, Gesundheit und Hab und Gut der Bürgerinnen und Bürger. Mit dem Feuerwehr-Bedarfs- und Entwicklungsplan haben wir eine Perspektive, wie die Entwicklung der Feuerwehr in Zukunft voranschreiten soll.

Die Menschen vertrauen auf die Stärke unserer Feuerwehr – das hat die Bürgerbefragung gezeigt. Mit Investitionen von 5,7 Mio. Euro einschließlich der Verpflichtungsermächtigungen



**4,4 Mio. €**

**+ 13 %\***

**FEUERWEHR**

zeigt die Universitätsstadt Marburg, welche Bedeutung der Brandschutz in der Stadt Marburg und für die Stadt Marburg hat.

## Wohnen

Seit dem Zensus 2011 bis heute ist die Marburger Bevölkerung von 71.683 bis Anfang 2018 auf 75.329 angestiegen. Dazu kommen 1.729 Marburgerinnen und Marburger mit Nebenwohnsitz. Bis 2030 erwartet die Landesstatistik einen weiteren Zuwachs von etwa 3000 Menschen.

Menschen haben ein Recht auf bezahlbaren Wohnraum. Aber Wohnraum ist knapp in Marburg. Mit dem Angebot an bezahlbarem Wohnraum zeigen sich die Bürgerinnen und Bürger in der Bürgerbefragung am Wenigsten zufrieden. Und das, obwohl die in der INWIS-Studie und im Wohnraumversorgungskonzept für 2020 geforderten weiteren 1600 Wohnungen schon gebaut sind.



Deshalb verstärken wir unsere Bemühungen noch mehr – auch über den Hasenkopf hinaus. Derzeit sind 640 Wohneinheiten in der Kernstadt geplant, weitere 280 in den Stadtteilen. In Bau sind bereits (Stand Oktober) über 500 weitere Wohneinheiten. Deshalb wandeln wir das Gewerbegebiet Temmlerstraße in ein Mischgebiet um, um kernstadtnah Wohnraum schaffen zu können. Deswegen haben wir für größere Bauvorhaben die Sozialquote eingeführt.

Und deswegen werden wir die Mittel für den Wohnungsbau noch einmal deutlich erhöhen. Wohnraumförderung ist öffentliche Verantwortung, der Bund und Land leider immer noch viel zu wenig Aufmerksamkeit widmen. Inklusive der Verpflichtungsermächtigungen wollen wir 2019 rund 5,4 Millionen Euro für Wohnungsbau bereitstellen. Das ist eine Steigerung um 28 Prozent gegenüber diesem Jahr.

Und wir wollen, dass für uns unsere Wohnungsbaugesellschaft GeWoBau wieder baut, weil wir so steuernd eingreifen können und auch nach Ende der Sozialbindung für preiswerten Wohnraum eintreten. Die ersten vier Wohnungsbauprojekte in der Poitierstraße, der Stauffenbergstraße, im Försterweg und in der Magdeburger Straße gehen mit ca. 100 Wohneinheiten an den Start. Dabei sind Sozialwohnungen und auch preiswerte Wohnungen für die mittleren Einkommen, für Krankenschwestern, Polizisten, Facharbeiter.



Marburg wird wachsen. Gerade die Best Ager ziehen zurück in die Randbereiche der Städte. 25.000 Einpendler kommen täglich in die Stadt und prägen den Verkehr. Sie sind uns willkommen. Sie erarbeiten einen großen Beitrag zum Wohlstand dieser Stadt. Aber ohne hinreichend attraktiven ÖPNV im ländlichen Raum werden weiterhin viele mit dem Auto kommen. Deshalb ist bezahlbarer, preiswerter Wohnraum in Marburg auch ein Gebot der Ökologie und des Klimaschutzes. Es eröffnet Menschen die Möglichkeit, konsequent ÖPNV und Fahrrad zu nutzen.

## **Gewerbe und Gewerbeflächen**

Zu einer zukunftsfähigen Entwicklung der Stadt gehört auch die wirtschaftliche Entwicklung. Die Sperrung der Weidenhäuser Brücke hat auch beim Einzelhandel Spuren hinterlassen, denen wir mit Sondermaßnahmen bei ÖPNV, Fahrrad- und Parkangeboten ebenso begegnen wie mit offensiver Werbung für Marburg im Umland.

Mit der gerade stattfindenden Unternehmensbefragung wollen wir unsere Standortpolitik und Wirtschaftsförderung noch stärker an den Bedürfnissen der Unternehmen ausrichten. Daneben, das wissen wir alle spätestens seit dem Gewerbeentwicklungskonzept, werden in Marburg auch Gewerbeflächen knapp. Dem wollen wir zum einen durch interkommunale Zusammenarbeit begegnen und der Stadtverordnetenversammlung im Januar einen ersten konkreten Vorschlag vorlegen.

Neben der interkommunalen Zusammenarbeit muss das Oberzentrum auch aus eigener Kraft Gewerbeansiedlung ermöglichen, auch wenn wir gerne teilen. Deshalb müssen wir auch unsere Gewerbeflächen weiterentwickeln, über den bisherigen Bestand hinaus, und mit unseren städtischen Gesellschaften eine Steuerungsoption behalten.

## **Nachhaltigkeit hier und in der Welt**

Auch in der Bürgerbeteiligung zum Wohnen im Westen wurde deutlich, wie wichtig den Menschen die Umweltbedingungen sind. Das zeigt auch die Bürgerbefragung: Naturschutz, Umwelt und Klimaschutz gehören zu den Dingen, mit denen man in Marburg zufrieden ist, die aber auch weiterhin eine hohe Bedeutung haben.

Diese Zufriedenheit ist das Ergebnis unserer jahrelangen, erfolgreichen, zum Teil preisgekrönten Umweltpolitik, die wir fortsetzen und ausbauen wollen. Denn eine gepflegte Umwelt wie eine weitgehende unberührte Natur tragen wesentlich zur Lebensqualität bei. Marburg ist eine Stadt im Wald: von keiner Stelle in der Kernstadt ist der Wald mehr als 500 Meter entfernt.

Klima- und Umweltschutz lokal und global ist den Marburgerinnen und Marburgern wichtig. Das kann man auch am vielfältigen und differenzierten zivilgesellschaftlichen Engagement im Umwelt- und Klimabereich sehen. Das verdient unseren Dank und unsere Unterstützung.

Deshalb wollen wir „Global denken – lokal handeln“ und unser Engagement für den Klima-, Umwelt- und Naturschutz noch einmal erheblich verbessern: insgesamt bitten wir Sie um rund 300.000 Euro mehr, das ist eine Steigerung von knapp 15 Prozent. Und Bürgermeister Stötzel möchte die Mittel für die Planung und Pflege der Grünflächen um 200.000 Euro erhöhen.



Speziell für den Klimaschutz wollen wir die Aufwendungen um 21 Prozent steigern, für wirksame lokale Lösungen und keine Prestigeobjekte. Zusätzlich wollen wir eine zweite Stelle für einen Klimaschutzbeauftragten einrichten, damit dieses zentrale Zukunftsthema mit noch mehr Kompetenz und Energie auch in Zukunft vorangebracht wird.

Auch wenn wir über Wohnen reden, dann müssen wir die ökologischen und klimatischen Auswirkungen und die Mobilität mitdenken. Deshalb werden wir Klima und Naturschutz bei der Planung neuer Wohngebiete wie bei Gewerbegebieten konsequent mitdenken. Wir werden ein umfassendes Klimagutachten für die ganze Stadt Marburg in Auftrag geben. Das hilft uns gerade in den neu zu planenden Gebieten, mögliche Auswirkungen im Vorfeld zu bedenken. Dafür planen wir bislang 150.000 Euro.

### **Nachhaltige Mobilität**

Mobilität ist Teilhabe. Wer sein Ziel nicht erreichen kann, ist von Teilhabe ausgeschlossen. Das gilt natürlich ganz besonders für Menschen mit eingeschränkter Mobilität: im Rollstuhl, mit Gehbehinderung, mit Rollator, mit kurzer Gehstrecke. Wenn wir Mobilität in Marburg verbessern wollen, dann müssen wir alle im Blick haben.

Dazu gehört, Verkehr als Miteinander und nicht als Gegeneinander zu denken. Gegeneinander ist die Tradition: Radverkehr gegen Fußverkehr gegen Autoverkehr, als müsste man



sich den Platz streitig machen statt ihn gemeinsam zu nutzen. Manchmal hat man den Eindruck, es ginge nicht darum, ein Ziel zu erreichen, sondern Territorien zu besetzen. Man muss nicht in die volle Kreuzung fahren, es wird weitere Grünphasen geben.

Miteinander heißt: wir setzen verkehrspolitische Prioritäten und wir achten darauf, dass jetzt und in Zukunft niemand durch Einschränkung der Mobilität ausgeschlossen wird.

Deshalb wollen wir insgesamt 27 Mio. Euro für die Sicherung der Mobilität der Marburgerinnen und Marburger aufwenden, davon 19 Mio. Euro für den laufenden Betrieb von Straßen, Wegen, Radwegen und ÖPNV. Damit wollen wir unseren knappen Straßenraum im bestmöglichen Zustand halten und die Alternativen zum motorisierten Individualverkehr so attraktiv zu machen, dass Menschen sich gerne dafür entscheiden. Wir müssen die Menschen für den Umstieg gewinnen, sonst wird das nichts. Dazu müssen wir attraktive Alternativen zum PKW anbieten, und das betrifft in Marburg vor allem die Verbindungsqualität, nicht den Preis.

Mit der Umsetzung des „Green-City-Plans“, den wir gerade erstellen, werden wir die Stickoxid-Belastung in der Marburger Luft deutlich senken. Finanzielle Unterstützung gibt es dafür aus dem „Sofortprogramm Saubere Luft 2017-2020“ der Bundesregierung. Dazu gehören intelligente Verkehrsinformationssysteme und vernetzte Mobilitätsdienste, Radverkehr und Elektrifizierung des Verkehrs, urbane Logistik und die öffentlichen Flotten. Sie alle haben mit dem motorisierten Straßenverkehr zu tun – der Hauptursache für die Schadstoffe in der Luft.

## ÖPNV

Marburg hat die beste ÖPNV-Versorgung der Sonderstatusstädte in Hessen mit fast dem doppelten Nutzwagenkilometeraufkommen pro Einwohner. Trotzdem sagt uns die Bürgerbefragung: da geht noch mehr, und die Bürgerinnen und Bürger wollen dafür auch mehr Mittel aufwenden. Über fünf Mio. Euro sollen es 2019 sein.

Deshalb verbessern wir mit der Nahverkehrsoffensive gerade im Wert von 1 Mio. Euro die Verbindungen an den Richtsberg und auf die Lahnberge, ins Waldtal und nach Cappel und in die westlichen Außenstadtteile, und zusätzlich ein kostenloses Park-And-Ride-Angebot an Samstagen. Gerade mit besseren Anbindungen der Außenstadtteile ermöglichen wir, auch ohne Auto in die Stadt zu kommen. Und im Advent sind samstags alle Busse kostenlos.



Foto: Stadtwerke Marburg

Und wir wollen für eine Stadt einen Tarif. Ab 1.1.2019 werden die Preise für die ÖPNV-Nutzung aus den Außenstadtteilen auf das Kernstadtniveau gesenkt. Erwachsene sparen dann bei einem Monatsticket 24,80 Euro.

Zuletzt sind unsere Stadtwerke mit der Prüfung der Straßenbahn und dem einzigartigen Forschungsprojekt zur Elektrifizierung von Bussen nicht nur an der Spitze innovativer ÖPNV-Überlegungen, sondern auf dem Weg zu einem attraktiven und weitgehend emissionsfreien und klimaneutralen ÖPNV durch Stromeigenproduktion.

### **Radwege und andere Straßen**

Marburg braucht mehr gute Radwegeverbindungen, trotz und wegen der Topographie und gerade angesichts der rapiden Zunahme von E-Bikes. Dazu setzen wir den Radverkehrswegeplan konsequent um. Derzeit stimmen wir – auch ein Novum – eine Prioritätenliste systematisch mit dem Landkreis ab. So werden wir gemeinsam Verbindungen außerhalb der Kernstadt verbessern, damit man auch ohne Auto noch besser in die Stadt kommt.

Gemeinsam mit Hessenforst haben wir eine zentrale Achse, die Radverbindung auf die Lahnberge, deutlich verbessert und wollen sie weiter verbessern. Wir verhandeln weiter mit Hessen-Mobil, damit wir endlich eine vernünftige, fahrbahnbreite Radspur auf der Panoramastraße bekommen.

Wir haben mit SiBike das weltweit erste Radverkehrsbeschleunigungsprogramm an Ampeln eingeführt, und machen die halbe Stunde mit Nextbike, unserem Fahrradverleihsystem, für alle weiter kostenlos.

Wir verbessern die Sicherheit für Radfahrer und denken Fahrradparkplätze mit, zum Beispiel beim Parkhaus-Pilgrimstein. Denn wir wollen unsere endlich gute Position beim ADFC-Fahrradfreundlichkeitstest – letztes Mal waren wir Aufsteiger des Jahres – erhalten.

Daneben werden wir für den Verkehr nicht nur die Weidenhäuser Brücke sanieren, sondern vor allem mit einer Vielzahl kleiner Maßnahmen unsere Straßen für alle Verkehrsteilnehmer in einem ordentlichen Zustand halten oder wiederbringen. Rund acht Mio. Euro planen wir für Investitionen in Radwege und Straßen ein, knapp zehn Mio. Euro für die Unterhaltung aller Verkehrsanlagen inklusive Parkraum.

### **Verwaltung 4.0 und Zivilgesellschaft**

Während die Qualität der Straßen und Radwege, die Pünktlichkeit des ÖPNV oder der Zustand unserer KiTas und Schulen für alle direkt sichtbar sind, so fallen andere ebenso wichtige Aufgaben der Verwaltung seltener direkt auf.

Dennoch stehen wir auch für die Innere Verwaltung, ihre Organisation und ihre Beziehung zu den Bürgerinnen und Bürgern bis hin zur Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements vor erheblichen Herausforderungen.

Und ich fasse das genauso zusammen, weil das unser Verständnis von der guten Stadt ist: ein produktives Miteinander von Verwaltung, Magistrat und dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Dabei ist es das erklärte Ziel des Magistrats, eine neue Dimension von einerseits Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger und andererseits Partizipation und Mitwirkung durch die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Dazu gehört der Haushalt selbst und der Zugang dazu. Dazu gehören die Personalentwicklung und Digitalisierung der Verwaltung genauso, wie die Bürgerbeteiligung als Brücke zu den Bürgerinnen und Bürgern und die weiteren Aufgaben zur Entwicklung der Zivilgesellschaft.

### **Digitalisierung der Verwaltung**

Das Großprojekt der nächsten Jahre für die Verwaltung 4.0 heißt Digitalisierung. Hier haben wir bereits erhebliche Schritte getätigt: Das ECM ist angeschafft. Das Projekt Anordnungsworkflow (bestehend aus elektronischem Rechnungsempfang, elektronischem Rechnungsworkflow, elektronischer Ablage und Archivierung) ist in den Pilotfachdiensten angelaufen und wird 2019 sukzessive in die Gesamtverwaltung ausgerollt. Eine zentrale Scanstelle wurde eingerichtet.

Die elektronische Steuerakte ist eingeführt. Das Projekt digitale Personalakte wurde begonnen. Für 2019 ist die Einführung der elektronischen Akte in der Ausländerbehörde geplant.



2018 sind wir mit der Investition in das neue Speichersystem gestartet. In der weiteren Umsetzung werden Mittel benötigt für das Einscannen der Papierakten, die Modernisierung der Arbeitsplätze, insbesondere den Austausch von Rechnern, den zweiten Bildschirm, höhenverstellbare Schreibtische – auch zur Unterstützung der Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – Scanner und mobile Endgeräte. Besonders wichtig ist der Ausbau von Netzwerkverbindungen zwischen den Verwaltungsstandorten und WLAN in städtischen Gebäuden. Insgesamt werden wir dafür 3,8 Mio. Euro in 2019 benötigen.

Das Projekt ist auf einem guten Weg, und hier gebührt den federführenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter größter Dank. Der weitere Fortschritt und dessen Geschwindigkeit werden in hohem Maße davon abhängen, ob es gelingt qualifiziertes Personal für den IT-Bereich zu gewinnen und zu halten.

## **Personalentwicklung**

Das Personalentwicklungskonzept ist ebenso ein großes Projekt für die Verwaltung 4.0. In einer modernen Verwaltung müssen Führung und Mitarbeiter auf Augenhöhe arbeiten, wenn wir Engagement und Kreativität unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch mehr fördern wollen. Deshalb werden mit der erweiterten Dezernentenrunde systematisch und konsequent die Führungsebenen bis in politische Entscheidungsprozesse hinein einbezogen. Hierarchie ist von gestern, es kommt darauf an, die besten Ideen und Vorschläge zu finden, egal, wer sie hat.

Natürlich wird Personalentwicklung seit vielen Jahren in der Stadtverwaltung Marburg praktiziert, wobei der Schwerpunkt insbesondere im Bereich der Ausbildung und Fortbildung lag, sowohl zentral wie fachspezifisch. Bereits vor rd. 20 Jahren wurden zeitgemäße Modelle zur Personalentwicklung ausprobiert, die aber nur teilweise erfolgreich umgesetzt werden konnten. Vor wenigen Jahren wurde zuletzt die Führungskräfte-schulung und -entwicklung für neu in eine Führungsfunktion kommende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgreich umgesetzt.

Wir brauchen auf dem Weg zur Verwaltung 4.0, neben der Digitalisierung und der damit einhergehenden Organisationsentwicklung, einen systematischen, strukturierten Personalentwicklungsprozess, gemeinsam mit den Beschäftigten und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Mitarbeiterzufriedenheit, Attraktivität als Arbeitgeber und nicht zuletzt der Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das war auch das zentrale Thema der ersten verwaltungsweiten zweitägigen Führungskräfteklausur im letzten Sommer, in der sich die Führungskräfte durchgängig mit großem Engagement beteiligt haben. In der zentralen Steuerungsgruppe arbeiten der Personalrat und Führungskräfte aus allen Fachbereichen mit. Dazu werden wir einen Personalentwickler oder -entwicklerin einstellen und den Prozess durch die KGSt begleiten lassen.

## **Bürger/innenbeteiligung ist gelebte Zivilgesellschaft**

„Demokratie ist nicht nur eine Staatsform, sie ist eine Lebenseinstellung.“ So Georg August Zinn, Hessischer Ministerpräsident und einer der Eltern sowohl der hessischen Verfassung wie des Grundgesetzes. Das ist auch unser Verständnis. Von dieser Lebenseinstellung wird unsere Arbeit im Zusammenwirken mit den Bürgerinnen und Bürgern geprägt.

Bürger/innenbeteiligung ist gelebte Demokratie. 2018 hat die Stadtverordnetenversammlung ein hervorragendes, von und mit den Bürgerinnen und Bürgern erarbeitetes Marburger Konzept der Bürger/innenbeteiligung beschlossen und in Teilen bereits erprobt. Jetzt gehen wir konsequent in die Umsetzung, um noch mehr und noch unterschiedlichere Marburgerinnen und Marburger zu beteiligen und mehr Menschen in stadtpolitische Belange einzubeziehen. Beteiligung soll eben nicht nur einer kleinen Gruppe gut informierter Marburgerinnen und Marburger möglich sein, sondern alle Bevölkerungsgruppen in der Stadt real beteiligen. Das ist unser Anspruch an unsere Beteiligungsprojekte.

Klar ist: Demokratie kostet Geld. Das gilt für die parlamentarischen Institutionen der politischen Willensbildung, für die bislang Aufwendungen von rund 2,2 Mio. Euro eingeplant sind. Und das gilt auch, wenn die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger organisiert werden soll.



Für den Haushalt 2019 schlage ich vor, die im Herbst beschlossenen Schritte nun mit konkreten Beteiligungsformaten, aber auch im verstärkten Dialog mit der Zivilgesellschaft umzusetzen. Deshalb habe ich die Themen Zivilgesellschaft, Ehrenamt und Vereinsförderung organisatorisch, personell und finanziell in der Bürger/innenbeteiligung zusammengeführt. Auch die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Freiwilligenagentur Marburg-Biedenkopf und das Netzwerkprogramm „Engagierte Stadt“ werden ausgebaut und hier zusammengeführt.

Damit ist die Bürger/innenbeteiligung die zentrale Anlaufstelle für Beteiligung, Vereine und Ehrenamtliche, sie ist der Verbindungspunkt zwischen Magistrat, Verwaltung und gelebter Zivilgesellschaft. So erklärt sich, dass sich für die Umsetzung der Bürgerbeteiligung, vor allem aber durch diese Umstrukturierung das Produktbudget gegenüber dem Vorjahr auf 400.000 Euro verdreifacht.

## **Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Integration, Prävention**

Für Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbare Strukturen und klare Zuständigkeiten sind ein wichtiger Schritt hin zu einer noch besseren Kommunikation zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft. Gesellschaftlicher Zusammenhalt, das weiß niemand besser als die Stadtverordneten, ist Aufgabe von uns allen, ist Querschnittsaufgabe für Politik, Verwaltung und Gesellschaft. Es ist deshalb unsere Aufgabe bei den zentralen Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens zivilgesellschaftliches Engagement zu würdigen und zu unterstützen, es zugleich durch kommunales Handeln zu fördern und zu ergänzen.

Es ist ein wichtiges Zeichen für Menschen in schwierigen Lebenssituationen, das wir hier im großen Konsens vorangehen und zusammen auf Prävention, auf Aufklärung und ein respektvolles Miteinander setzen.

Wir werden deshalb auch weiterhin einen großen Schwerpunkt auf Gleichberechtigung in Verwaltung und Gesellschaft legen. Dazu gehören die weitere Umsetzung des Aktionsplans zur EU-Charta, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer, genauso aber auch das Projekt "Marburg ohne Partnergewalt". Dazu trägt ein breites Netzwerk an Vereinen und Institutionen bei, das wir im Jahr 2019 mit über 300.000 Euro fördern wollen – 62.000 Euro mehr als 2018.

Meine Damen und Herren, für gesellschaftlichen Zusammenhalt nimmt auch die Integration eine zentrale Stellung ein. Integration kann nie nur Aufgabe der zu uns kommenden Menschen sein. Dazu braucht es einiges mehr. Wir werden Ihnen im ersten Quartal unser überarbeitetes und weiterentwickeltes Konzept vorlegen, wie die Integration in der Universitätsstadt Marburg weiter unterstützt und verbessert werden kann. Auch dafür sind entsprechende Mittel erforderlich, und so sind sie entsprechend im Rahmen des Fachdienstes 52, in dem die Aufgaben der Migration und Flüchtlingshilfe zusammengefasst sind, vorgesehen.

Neben den kommunalen Rahmenbedingungen für Integration braucht ein Miteinander auch über Unterschiede in Herkunft, sexueller Identität, politisch-demokratischer Überzeugung oder religiösen Glaubenssätzen hinweg ein gesellschaftlich offenes Klima. Marburg ist eine so weltoffene und herzliche Stadt, weil wir einander zuhören, miteinander ins Gespräch kommen, uns aufeinander einlassen, aber auch widersprechen, wenn es nötig ist.



## **Rechtsradikalismus**

In Marburg ist klar: Für Rechtsradikalismus, Rassismus, aber auch für alle anderen Formen systematischer Diskriminierung ist hier kein Platz. Darin sind wir uns alle einig und das haben wir eindrucksvoll am 7. September mit siebeneinhalbtausend Menschen auf dem Marktplatz gezeigt – einstimmig beschlossen und über alle Parteigrenzen hinweg.

Dieses Bekenntnis war richtig und wichtig. Aber unser Dank gilt genauso den vielen Marburgerinnen und Marburgern, die jeden Tag gegen Rassismus und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit vorgehen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich auch denjenigen Menschen danken, die mit wenig Ressourcen viel für Aufklärung leisten. Danke denen, die sich auch im Regen rechtsradikalem Gedankengut entgegenstellen, wenn sich die neue rechtsradikale Elite in Marburg trifft, sich bundesweit vernetzt. Sie ist hier nicht willkommen!

Hier darf es nicht bei Sonntagsreden bleiben. Sie haben beschlossen, dass wir ein Konzept gegen Rechtsradikalismus aufsetzen. Das muss weit früher ansetzen. Ich schlage Ihnen deshalb vor, in den nächsten drei Jahren die Mittel, die der Universitätsstadt Marburg aus dem Kreisentwicklungsfonds für ein größeres Projekt zustehen, für Projekte gegen latenten Rassismus und Rechtsradikalismus zu verwenden. Das sind alleine für 2019 zusätzlich 100.000 Euro für Demokratie, Teilhabe und Vielfalt – für ein gutes Miteinander in der Universitätsstadt Marburg.

Unsere Sozialpolitik, unsere Bildungspolitik, unser erklärter Wille, niemanden auszuschließen oder zu vergessen – das ist unsere Antwort, um all diejenigen, die aus Verunsicherung, aus Enttäuschung Abstand vom politischen System nehmen, zurückzugewinnen. Das schaffen wir nur gemeinsam. Das schaffen wir nur, wenn wir die vorhandenen Strukturen des Gemeinwesens und der Gemeinwesenarbeit vor Ort als Partner begreifen und mit ihnen gemeinsam nach Lösungen suchen, damit wir am Ende sicherstellen können, dass in dieser Stadt wirklich kein Platz für Rechtsradikalismus ist.

## WO DIE SCHWERPUNKTE 2019 LIEGEN



\* Summe: Aufwand und Investition / prozentuale Veränderung zum Vorjahr / Angaben gerundet.

### Zusammenhalt und Verantwortung

Dieser Haushaltsentwurf bietet den Rahmen für ein gutes Miteinander in Marburg auch im Jahr 2019. Er ist dank solider Finanzpolitik und nachhaltigen Haushaltens ausgeglichen und setzt zugleich starke Schwerpunkte auf ein gesellschaftliches Miteinander und gutes Leben in Marburg. Er verwirklicht soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit und erlaubt uns, für die Menschen in unserer Stadt die Lebensqualität, das Bruttokommunalglück, zu verbessern und unserer Verantwortung hier und in globaler Mitverantwortung gerecht zu werden.

Ich gebe diesen Entwurf nun in Ihre Hände und freue mich auf einen konstruktiven Austausch Ihnen, aber auch mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Vereinen, Institutionen, Unternehmen und Verbänden in den nächsten Wochen und Monaten. Am Ende, voraussichtlich im März, entscheiden Sie, die gewählten Stadtverordneten, über den städtischen Haushalt. Lassen Sie uns gemeinsam eine Debatte zum Wohle der Universitätsstadt Marburg führen, dabei über den Tellerrand einer kleinen engen Stadt zwischen zwei Bergen hinausdenken und Miteinander Marburgs Zukunft gestalten. Dazu lade ich Sie alle herzlich ein.

Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister